

Termin gefährdet

Eine europaweite Reduzierung der Autoabgase wird immer unwahrscheinlicher. Der deutsche EG-Kommissar Karl-Heinz Narjes konnte sich am Mittwoch vergangener Woche in Brüssel nicht durchsetzen. Narjes drängte in der EG-Kommission auf die Verabschiedung eines Stufenplans, der es Innenminister Friedrich Zimmermann erlauben würde, in der Bundesrepublik von 1986 an strenge Abgasvorschriften auch dann wirksam werden zu lassen, wenn die anderen EG-Länder erst später nachziehen. In dem Vorgespräch trug der Vizepräsident der EG-Kommission, Etienne Davignon, massiv die Bedenken der italienischen und französischen Automobilindustrie gegen die von den Deutschen gewünschten Umweltschutzvorschriften vor. Der Einbau eines Abgaskatalysators in Neuwagen, so Davignon, müsse zu schwersten Absatzeinbußen bei den italieni-

schen und französischen Automobilproduzenten führen. Obwohl Kanzler Helmut Kohl in einem Fernschreiben an EG-Präsident Gaston Thorn noch einmal Druck gemacht hatte, blieb Davignon bei seiner starren Ablehnung.

Sieg über Zimmermann

Außenminister Hans-Dietrich Genscher hat sich gegen seinen Kollegen Friedrich Zimmermann durchgesetzt: Der Nachzug von Ehegatten der zweiten Generation aus der Türkei bleibt wie bisher unbehindert. Angesichts von nur 7000 Fällen pro Jahr, argumentierte Genscher, sehe er keinen Entscheidungsbedarf für eine Änderung. Zimmermanns Zahlen, in denen eine halbe Million Nachzügler bis zum Jahre 2000 genannt wurden, wischte der FDP-Chef als reine Theorie beiseite. Sollte Zimmermann recht behalten, so Genscher, könne man immer noch entscheiden.

Rüffel für Minister Mertes



Ostpolitiker Mertes

Die polnische Regierung verdächtigt die christliberale Koalition in Bonn, sich vom Warschauer Vertrag aus dem Jahr 1970 zu distanzieren. Anlaß für geharnischte Proteste aus Warschau ist ein Schreiben des Staatsministers im Auswärtigen Amt Alois Mertes (CDU) an seinen Fraktionskollegen Carl Otto Lenz über „Bevölkerungszahlen im Oder-Neiße-Gebiet“. Vor allem „die revanchistische Tonlage“ des Mertes-Papiers, berichten Warschauer Diplomaten,

habe die polnische Regierung zu förmlichen Protesten in Bonn bewegt. In dem Mertes-Brief heißt es unter anderem: Von den elf Millionen Einwohnern im Oder-Neiße-Gebiet, „nach dem Recht der Volksrepublik Polen deren Staatsangehörige“, seien eine Million Deutsche „im Sinne des Artikels 116 Grundgesetz“. Bonn, so Mertes weiter, dränge „auf die Verwirklichung der Volksgruppenrechte dieser Menschen“. Ferner pocht der frühere Ostvertragsgegner auf die „Offenhaltung der Grenzfrage“ und teilt Lenz weiter mit, daß „mindestens 120 000“ Bewohner im Oder-Neiße-Gebiet „nachweislich den Wunsch“ hätten, in die Bundesrepublik umzusiedeln. Schon im Januar hatte sich Warschauer Außenminister Stefan Olszowski bei einem Treffen in Stockholm bei seinem Bonner Kollegen Hans-Dietrich Genscher über Mertes beklagt. Nach dem neuerlichen Eklat erteilte der AA-Chef seinem Staatsminister einen Rüffel: In einen Grundsatzartikel (Titel: „Wie geht es 1984 mit den West-Ost-Beziehungen weiter?“) ließ Genscher eine Polen-Passage einrücken: „Gegenüber Polen wollen wir den Prozeß der Versöhnung zwischen den Völkern und der Normalisierung zwischen beiden Staaten auf der festen Grundlage des Vertrages vom 7. 12. 1970 fortsetzen, der von uns weder dem Worte noch dem Sinne nach in Frage gestellt wird.“

Billiger Strom

Die drei hessischen Grenzgemeinden Wildeck-Obersuhl, Philippsthal und Heringen beziehen ihre Elektrizität künftig aus der DDR. Entsprechende Verhandlungen mit ostdeutschen Behörden schlossen die Bürgermeister letzte Woche in Gotha erfolgreich ab. Der Strom aus der DDR ist 35 Prozent billiger als der von der hiesigen „Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Mitteldeutschland“ (EAM). Den Preisvorteil wollen die Kommunen an die Verbraucher weitergeben. Technisch ist der Stromdeal kein Problem. Jetzt interessieren sich auch weitere westdeutsche Gemeinden für die billige Elektrizität von drüben. Die DDR ist an Westkunden interessiert, weil sie dringend Devisen braucht.

Umwelt-Streit

Unterschiedliche Strategien zur Durchsetzung eines Tempo-Limits verfolgen Grüne und Naturschützer: Während der Bund Naturschutz in Bayern „dem Wald zuliebe 80 km“ fordert, begnügen sich die Grünen auf von ihnen produzierten Aufklebern mit dem weniger radikalen Slogan „100 – freiwillig!“ Einig sind sich Naturschützer wie Partei-Grüne in der Begründung ihrer Forderungen nach einem Tempo-Limit: Beide verweisen auf Untersuchungen von Umweltforschern, nach denen 45 Prozent der als Waldgifte geltenden Stickoxide aus den Motoren von Autos stammen und vor allem bei hohen Geschwindigkeiten emittiert werden, sowie auf eine Studie der ETH Zürich, nach der 40 Prozent der schweizerischen Lungenkrebs-Todesfälle durch Autoabgase verursacht werden. Obwohl eine Geschwindigkeitsbegrenzung – anders als die allenfalls in den neunziger Jahren abgeschlossene Umstellung des Autoverkehrs auf Katalysator-Betrieb – ein sofort wirksamer und obendrein kostenloser Beitrag zur



Grünen-Aufkleber

Luftreinhaltung wäre, scheint die Forderung vorerst politisch nicht durchsetzbar. Lediglich die SPD-regierten Länder Hessen und Bremen wollen auf bestimmten Autobahn-Abschnitten die Geschwindigkeit drosseln – auf Tempo 120 (Bremen) oder 100 (Hessen).